



Die Atlantic Must Reads sind ein Service der Atlantischen Initiative, der für Sie die wichtigsten strategischen Themen der Weltpolitik und Globalisierung aus internationalen Think Tanks und Zeitschriften auf Deutsch zusammenfasst.

Inhalt

- Seite 1 ► **Russisch-Chinesisches Säbelrasseln**
- Seite 2 ► **Forschungsstandort Europa gefährdet**
- **Fehlender Wettbewerb auf Europas Wertpapiermärkten**
- **Chinas Charmeoffensive im Pazifik**
- Seite 3 ► **Russlands gefährliche Forscher**
- **Die nächste Epidemie ist unausweichlich**
- Seite 4 ► **HIV/AIDS – ein verkanntes Sicherheitsrisiko?**
- **Bio-Energien auf dem Vormarsch**
- Seite 5 ► **Das neue US-Energiegesetz – Halbherzige Reformen**
- **Schützt China Mugabe?**

Russisch-Chinesisches Säbelrasseln

(An Alarming Alliance: Sino-Russian Ties Tightening, Peter Brookes, The Heritage Foundation, 15.08.2005)

Mitte August wurde die russisch-chinesische Pazifikküste zum Schauplatz der ersten gemeinsamen Militärübung beider Staaten. Unter dem Motto „Friedensmission 2005“ versammelten sich über 10.000 Soldaten, um die militärischen Fähigkeiten im gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus zu stärken. So lautete zumindest die offizielle Version des chinesischen Verteidigungsministeriums. Vor allem in den USA zweifelt jedoch niemand ernsthaft daran, dass dieses Manöver auch ein Warnsignal nach Washington senden soll. Die USA tragen nach Ansicht Moskaus eine Hauptverantwortung für die politischen Umstürze in Georgien und der Ukraine. Gleichzeitig betrachten die Chinesen Amerikas Parteinahme für Taiwan mit wachsendem Unmut. Die gemeinsame Übung bot daher eine willkommene Gelegenheit, militärische Stärke und Entschlossenheit zur gegenseitigen Unterstützung zu demonstrieren.

Entfernungen	
in km	
Peking - Moskau	5.800
Moskau - Washington	7.800
Washington - Peking	11.100

Die enger werdende Allianz zwischen China und Russland gibt einen ersten Vorgeschmack auf eine mögliche Neuaufteilung der Einflussphären in Asien. Für Amerika steht jedoch zu viel auf dem Spiel, als dass es diesem Säbelrasseln tatenlos zusehen könnte. Zum einen sollten die USA ihre Beziehungen zu Japan und Indien stärken, um ein Gleichgewicht der Kräfte zu sichern. Zum anderen ist es auch für eine Annäherung an Russland noch nicht zu spät, denn traditionell ist das Verhältnis zwischen Moskau und Peking eher von Misstrauen geprägt...[mehr](#)

Forschungsstandort Europa gefährdet

(Wake-up Call for Knowledge Europe! Rede des EU-Forschungskommissar Janez Potocnik, 19.07.2005)

Der EU droht das Aus als Forschungsstandort, wenn bis 2010 die Etats für Forschung und Entwicklung (F&E) nicht auf 3% des BIP aufgestockt werden. Europa investiert in diesen Bereich zu wenig und ist als Investitionsstandort nicht attraktiv. Immer mehr Forscher wandern in außereuropäische Länder ab, wo die Bezahlung besser ist.

Größter Konkurrent ist Asien: So stiegen Chinas Ausgaben für F&E zuletzt um fast 20%, und das Land könnte bei anhaltendem Wachstum 2010 zur EU aufschließen. Besonders amerikanische Firmen investieren verstärkt in Hongkong, Taiwan und Singapur, wo neue Technologien und bessere Arbeitskräfte locken.

Deshalb fordert der EU-Kommissar Potocnik:

- Verfolgung der Lissabon-Strategie zur Stärkung von Forschung und Entwicklung
- „Nationale Reformprogramme“ zur Bewältigung der Herausforderung
- Verdopplung des EU-Budgets für F&E
- Europäische Initiativen zur Unterstützung, z.B. länderübergreifende Kooperationsprojekte...[mehr](#)

Fehlender Wettbewerb auf Europas Wertpapiermärkten

(Europe's Securities Markets Need New Plumbing, Benn Steil, Council on Foreign Relations, 11.08.2005)

Die Versuche zur Übernahme der Londoner Börse haben die Diskussion um die Effektivität des europäischen Wertpapiermarktes neu angefacht. Besonders in der Kritik stehen dabei vertikale Zusammenschlüsse von Börsen mit Verrechnungs- und Abrechnungssystemen. Verrechnungsstellen minimieren das Risiko und die Kosten der Marktteilnehmer. Abrechnungsoperatoren vereinfachen die Zustellung von Wertpapieren. Zusammenschlüsse wirken sich negativ auf die europäische Börsenlandschaft aus:

- Vertikale Zusammenschlüsse von Börsen mit Verrechnungs- und Abrechnungssystemen (sogenannte Bunker) verhindern die notwendige Konsolidierung sowohl der europäischen Verrechnungs- als auch der Zahlungsplattformen untereinander. Dadurch entstehen weiterhin hohe Kosten.
- Durch die vertikalen Strukturen wird der Wettbewerb der Börsen untereinander behindert. Monopole im Zahlungsverkehr lassen keinen effizienten Handelsverkehr zu.
- Vertikale Integration im Wertpapiermarkt führt zu Wettbewerbsverzerrungen. Die Etablierung einer kostengünstigeren Infrastruktur wird verhindert.

Der Besitz sowohl des Verrechnungs- als auch des Abrechnungssystems durch ein und dieselbe Börse stellt für den gesamteuropäischen Wertpapierhandel ein Wettbewerbshindernis dar. Dadurch reduzieren sich die Investitionsrenditen und erhöhen sich die Kosten der Anleger.

In den USA ist eine derartige Konzentration nicht möglich. Eine Studie der britischen Wettbewerbskommission fordert die Europäische Kommission dazu auf, diese Art von Wettbewerbsbehinderung genauer zu beobachten und geeignete Gegenmaßnahmen zu unternehmen...[mehr](#)

Chinas Charmeoffensive im Pazifik

(The China Syndrome, Susan Windybank, Policy, 21:2, Winter 2005)

Während sich die USA noch auf den Mittleren Osten konzentrieren, versucht Peking mit einer Kombination aus Handel, Entwicklungshilfe und geschickter Diplomatie das Fundament für eine neue regionale Ordnung zu legen – mit China in der Führungsrolle und den USA als Außenseiter. Die chinesischen Bemühungen verfolgen einen doppelten strategischen Zweck: Sie zielen darauf ab, Taiwan politisch zu isolieren und die Beziehungen zwischen den pazifischen Inselstaaten und den regionalen Mächten wie den USA, Japan und Australien zu untergraben. China ist dabei um einen multilateralen Ansatz bemüht, um seine „friedlichen Absichten“ auf der Weltbühne zu betonen.

Während die USA sich weiterhin auf Chinas *Hard Power* konzentrieren, startet Peking eine *Soft-Power-Offensive*. Washington vollzieht gegenwärtig den größten

Wandel seiner Militärstrategie seit dem Ende des Kalten Krieges: Bis zu 100 000 Soldaten werden in den nächsten zehn Jahren aus Deutschland, Japan und Südkorea abgezogen, um die Präsenz im Asien-Pazifik-Raum zu vergrößern – eine auf China gerichtete Eindämmungsstrategie. Im Kampf um die Vormachtstellung in dieser Region wird Peking jedoch eher zu asymmetrischen Mitteln greifen, um die USA – in militärischer Hinsicht weit überlegen – herauszufordern. Burma, Laos, Kambodscha und Ost-Timor sind bereits enge Verbündete Chinas, aber auch Australien und Südkorea orientieren sich zunehmend in Richtung Peking.

Chinas Einfluss geht einher mit der wachsenden politischen Instabilität einer Region, die vor einer ungewissen wirtschaftlichen Zukunft steht und somit besonders anfällig für Manipulationen von außen ist. Dabei ist Good Governance bei der Vergabe von Hilfsgeldern keine Voraussetzung. Dies ermöglicht es den Empfängerstaaten, die Geberländer unter Druck zu setzen. Peking hat heute mehr Diplomaten in der Region als jedes andere Land. Ein Ziel dieser diplomatischen Initiative ist, einen Abstimmungsblock zu bilden, der China in internationalen Foren unterstützt...[mehr](#)

Russlands gefährliche Forscher

(Russian Scientists and Rogue States, Deborah Yarsike Ball, Theodore P. Gerber, International Security, 29:4)

Rund ein Fünftel der russischen Forscher, die zu Sowjetzeiten für die Landesverteidigung gearbeitet haben, wäre bereit, eigenes Wissen über atomare, biologische oder chemische Waffen an einen Schurkenstaat weiterzugeben. Zu diesem Ergebnis kam eine kürzlich durchgeführte Befragung unter 600 russischen Wissenschaftlern.

Mit dem Ende der Sowjetunion stellte sich für viele russische Wissenschaftler die Frage nach dem eigenen Verbleib in einem Land, das sich seine Forscher nicht mehr leisten konnte. Binnen weniger Jahre sank die staatliche Forschungsunterstützung um bis zu 75%. Zahlreiche Forscher sahen sich daher gezwungen, nach vollkommen neuen Betätigungsfeldern zu suchen. Andere wiederum versuchten, mit ihrem Wissen über atomare, biologische und chemische Waffentechnologien einen Neuanfang im Ausland. Der Westen betrachtete diese Entwicklung mit wachsender Sorge: Möglicherweise würden Russlands Forscher von jenen Staaten abgeworben, die mit ihren Forschungsprogrammen nicht ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen.

Angesichts dieser Gefahr schuf der Westen eine Reihe von Beihilfe- und Kooperationsprogrammen, um den Forschern einen Anreiz zu bieten, im Land zu bleiben. Zwar lehnt es die große Mehrheit der befragten Forscher ohnehin ab, ihr Wissen an „Schurkenstaaten“ weiterzugeben. Doch der beträchtliche Anteil von 20%, der prinzipiell zu einer solchen Zusammenarbeit bereit wäre, gibt Anlass zur Sorge. Wie die bereits erwähnte Umfrage gezeigt hat, können westliche Beihilfen dieses Risiko erheblich senken und sollten daher bis auf weiteres beibehalten werden...[mehr](#)

Die nächste Epidemie ist unausweichlich

(Preparing for the Next Pandemic, Michael T. Osterholm, Foreign Affairs, Juli/August 2005.)

In den Jahren 1918/19 fielen der bislang schwersten Grippepandemie weltweit bis zu 100 Mio. Menschen zum Opfer. Heute, mit einer mehr als dreimal höheren Bevölkerungszahl, der hohen Mobilität und der ständig wachsenden Zahl an Touristen wäre der Ausbruch einer Pandemie wohl verheerender denn je. Die aktuell zu beobachtende Ausbreitung der Vogelgrippe sollte daher dringend Anlass zum Handeln geben.

Die unvorhersehbaren Veränderungen des Virus machen seine Gefährlichkeit aus. Im menschlichen Körper kann es sich mit bereits vorhandenen Grippeviren vereinen und zu einem vollkommen neuartigen Virenstamm verändern. Ein Impfstoff wäre damit erst Monate nach Ausbruch der Krankheit verfügbar und aus finanziellen Gründen längst nicht allen Menschen zugänglich. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die Bevölkerung mit antiviralen Mitteln vor einer Erkrankung zu schützen. Doch stehen momentan nur geringe Mengen dieser Mittel zur Verfügung.

Eine Pandemie macht vor Ländergrenzen keinen Halt. Aufgrund dessen müssen alle Staaten gemeinsam einen detaillierten Notfallplan erarbeiten, der sowohl den öffentlichen als auch den privaten Sektor umfasst und international vernetzt. Insbesondere muss gesichert sein, dass Regierungen und Wirtschaft in jedem Land über

genügend Produktionskapazitäten für Nahrungsmittel und Impfstoffe verfügen und diese auch transportieren und verteilen können...[mehr](#)

HIV/AIDS – ein verkanntes Sicherheitsrisiko?

(The Lesson of HIV / AIDS, Laurie Garrett, The Lessons of HIV/AIDS, Foreign Affairs, Juli/August 2005)

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 wird das Thema AIDS in den Hintergrund gedrängt, obwohl es ein zentrales Sicherheitsrisiko für die Weltgemeinschaft darstellt. Der Vormarsch der Krankheit vor allem in armen Regionen hat weltweit Millionen von Menschen das Leben gekostet.

Das Problem ist viel ernster, als es wahrgenommen wird:

- Aufgrund der langen Zeit zwischen Infektion und Ausbruch der Krankheit besteht die Gefahr, dass das Problem vernachlässigt oder verharmlost wird.
- Hohe Infektionsraten unter Polizei- und Armeekräften wie auch ein erhöhtes Gesundheitsrisiko für nationale Führungskräfte könnten stark betroffene Länder unregierbar machen.
- Die hohe Infektionsrate bei den 20- bis 50-Jährigen senkt die Lebenserwartung erheblich, was sich dramatisch auf die Produktivität der Gesellschaft auswirkt.
- Ungleiche Zugangschancen zu Medikamenten und Behandlungsmöglichkeiten können globale Spannungen hervorrufen.

Angesichts dieser Gefahren liegt es im eigenen Interesse der reichen Nationen, nicht nur verstärkt in die Prävention zu investieren, sondern ebenso die Entwicklungshilfe deutlich zu erhöhen und unterentwickelte Regionen effektiver in die Weltwirtschaft einzubinden. Absichtserklärungen gibt es bereits zur Genüge; entsprechende Taten lassen bislang auf sich warten...[mehr](#)

Bio-Energien auf dem Vormarsch

(Bio-Energien für die Zeit nach dem Öl, Josef Auer, Deutsche Bank Research, Aktuelle Themen Nr. 327, 20.07.2005)

Das Zeitalter der fossilen Energieträger geht zu Ende. Die Diskussion um Alternativen zu Öl, Erdgas und Kohle konzentriert sich bisher fast ausschließlich auf Solar- und Windkraft. Dabei bieten Energien aus Biomasse zahlreiche Vorteile:

- Sie sind vielfältiger einsetzbar, da sie neben der Stromgewinnung auch für die Erzeugung von Wärme und als Kraftstoff genutzt werden können.
- Sie sind speicherbar, es kann also „nach Bedarf“ geliefert werden.
- Durch ihre dezentrale Nutzung sind regionale Gebiete besser vor Ausfällen im Stromnetz geschützt.
- Der Markt wird unabhängiger von Preisanstiegen bei Erdöl und Erdgas.

Eine Förderung von Bio-Energien in Deutschland und Europa könnte einen Technologievorsprung bedeuten, mit dem auf internationaler Ebene große Gewinnchancen bestehen. Noch sind Bio-Energien bei der Stromerzeugung und als Kraftstoff nicht voll wettbewerbsfähig. In der Wärmeerzeugung bieten sie dagegen schon heute eine kostengünstige Alternative zum Heizöl.

Zum Problem könnten bei verstärkter Nutzung die begrenzte Anbaufläche und unerwünschte Monokulturen werden. Allerdings wird mit sinkenden Agrarsubventionen der Anbau von Biomasse für die Landwirtschaft als Einnahmequelle interessant. Erst der volle Abbau der staatlichen Förderung von alternativen Energieformen wird deren ganze Wettbewerbsfähigkeit zeigen. In Deutschland könnte der Anteil am Primärenergieverbrauch bis 2030 auf 10% steigen...[mehr](#)

Deutschland: Anteile erneuerbarer Energien 2004	
in Prozent	
Biogene Brennstoffe	50,5
Windenergie	17,5
Wasserkraft	14,7
Biodiesel	7,2
Sonstige	10,1

Das neue US-Energiegesetz – Halbherzige Reformen

(Vote yes for the Energy Bill, Then Start Working on the Real Issues, Gregg Easterbrook, The Brookings Institution, 28.07.2005)

Nach mehr als vierjähriger Beratungszeit verabschiedete der US-Kongress im Juli 2005 ein neues Energiegesetz; wenig später gab auch Präsident Bush dem Text mit seiner Unterschrift die Zustimmung. Im Gegensatz zu seinem Vorläufer beinhaltet es einige zukunftsweisende Bestimmungen, so in den Bereichen Erneuerbare Energien und Atomkraft. Finanzielle Anreize für die Nutzung von Wind- und Sonnenenergie sind ebenso vorgesehen wie Subventionen für die Atomwirtschaft zum Bau neuer Kraftwerke, um der globalen Erwärmung entgegenzuwirken.

Trotz dieser Ansätze geht das Gesetz den wahren energiepolitischen Herausforderungen weiterhin aus dem Weg. Ganz oben auf der Liste unangetasteter Probleme steht der unverändert hohe Kraftstoffverbrauch amerikanischer Autos. Dabei wäre es mit der heutigen Technik durchaus möglich, deutlich kraftstoffeffizienter zu fahren. Doch selbst die Abhängigkeit von umfangreichen Ölimporten aus Krisenregionen wie dem Nahen Osten und steigende Preise haben bislang nicht zum Mentalitätswandel beigetragen.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis dieses und weitere unangesprochene Probleme die energiepolitischen Überlegungen der USA dominieren werden. Bis dahin sollte der Kongress sich schnellstmöglich zu einer mutigeren und zukunftsweisenderen Gesetzgebung durchringen...[mehr](#)

Schützt China Mugabe?

(Mugabe's Last Stand, Roger Bate, American Enterprise Institute, 25.07.2005)

Bei den Säuberungsaktionen in den Armenvierteln von Zimbabwe sind fast 700 000 Menschen aus ihren Häusern vertrieben worden. In ihrem Bericht fordert die UN-Sonderbeauftragte Anna Tibaijuka von Robert Mugabe und seiner Regierung ein Ende der Aktionen. Auch Kofi Annan verurteilte in einer persönlichen Stellungnahme die „katastrophale Ungerechtigkeit“ der Zwangsvertreibungen in Zimbabwe.

Allerdings kann Mugabe auf einen starken Verbündeten zählen: China. Die Chinesen hofieren den Diktator mit der Absicht, die Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika ohne Rücksicht auf die Integrität der jeweiligen Partner auszubauen. Außerdem verfolgen sie eine klare außenpolitische Strategie: Weltweit bildet China Allianzen mit Nationen, die von den USA gemieden oder ignoriert werden. Die Chinesen könnten Mugabe vor dem Bankrott bewahren, sollte Südafrika das finanziell ruinierte Land nicht unterstützen. Dazu nämlich müsste Mugabe die Bedingungen akzeptieren, die an einen südafrikanischen Kredit gekoppelt sind: das Ende der Unterdrückung der politischen Opposition.

Wenn die afrikanischen Staatschefs nicht entschlossen auf die Krise reagieren, schadet dies ihrer Glaubwürdigkeit: Wie können sie für sich beanspruchen, die Menschenrechte zu achten und Demokratie zu wahren, wenn sie einen Despoten wie Mugabe weitgehend gewähren lassen? Ähnliche Zweifel dürften Mbeki während seiner Reise zum G8-Gipfel dazu bewogen haben, aktiv zu werden und sich einer möglichen UN-Aktion nicht offen entgegenzustellen.

Der UN-Sicherheitsrat sollte sich zum Handeln entschließen und der Gewalt in Zimbabwe ein Ende bereiten. Ein mögliches Veto der Chinesen aber steht dieser Option im Wege. Dann läge es an den USA und Großbritannien, eine militärische Intervention voranzutreiben. Es wäre zum Wohle der Menschen dieses ehemals so erfolgreichen afrikanischen Landes...[mehr](#)

Unter www.atlantic-online.org finden Sie weitere Zusammenfassungen.

©Atlantische Initiative e.V. – Linkstrasse 12 – 10785 Berlin
Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 206 337 90
email kallmorgen@atlantische-initiative.de